

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 11. Dezember 1972

Blatt 3060

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Rathaus-Budgetdebatte: Schweda: Bemühen um Stabilität

Stadtwerke ersparen ihren Kunden 76 Millionen
Nach Verkehrsbetrieben und E-Werken übernehmen
auch die Gaswerke Mehrwertsteuerbelastungen

Lokal:

Die Rettung im November

Fritz Chmelka - 65. Geburtstag

Brand bei Herzmansky

Kulturdienst:

Gedächtnisausstellung für Prof. Edwin Grienauer

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Neue Fernschreibnummer (1) 3240

L o k a l :

=====

fritz chmelka - 65. geburtstag

1 wien, 11.12. (rk) am 15. dezember vollendet univ.-prof. dr. fritz c h m e l k a das 65. lebensjahr.

fritz chmelka wurde 1907 in wien geboren. nach dem besuch der mittelschule besuchte er die technische hochschule sowie die universitaet in wien und erwarb sowohl das philosophische, als auch das technische doktorat. in den jahren 1934 bis 1936 war er assistent am physikalischen institut der universitaet wien, ab 1937 war er an der technischen hochschule taetig. 1940 wurde er assistent am institut fuer strukturentheorie, 1947 habilitierte er sich als dozent fuer angewandte mechanik. 1955 wurde er a.o. professor. chmelka ist foederungspreistraeger der stadt wien fuer wissenschaft des jahres 1954. 1969 ging professor chmelka an die universitaet innsbruck. chmelkas spezielles arbeitsgebiet ist angewandte mechanik. er hat auf diesem gebiet zahlreiche arbeiten veroeffentlicht. so vor allem war er mitarbeiter bei dem standardwerk ''einfuehrung in die statik'', das er gemeinsam mit ernst melan 1942 das erstemal veroeffentlichte und das 1961 bereits sieben auflagen hatte.

0928

L o k a l :

=====

die rettung im november

2 wien, 11.12. (rk) waehrend die unfaelle bei haeustlichen arbeiten in letzter zeit erfreulicherweise stark zurueckgegangen sind, hatte sich der rettungsdienst im november mit einer groesseren anzahl von ''alkoholleichen'' zu beschaefftigen: 235 alkoholisierte mussten abtransportiert und zur ausnuechterung gebracht werden.

die zahl der verkehrsunfaelle, bei denen die rettung intervenieren musste, belief sich auf 565. obwohl nur kurze zeit schnee lag, gab es drei durch schneeglaeette verursachte unfaelle.

die Transporte des krankenbefoerderungsdienstes sind seit oktober neuerlich um 300 gestiegen und beliefen sich auf 6.356 fahrten, wobei 81.798 kilometer zurueckgelegt wurden. dabei handelte es sich um 5.621 interne faelle, 423 infektionen und 312 geistesranke. in der letzten novemberwoche war wetterbedingt ein deutliches ansteigen von herzinfarkten und kreislaufferkrankungen festzustellen.

0937

k o m m u n a l :

=====

stadtwerke ersparen ihren kunden 76 millionen nach verkehrsbetrieben und e-werken uebernehmen auch die gaswerke mehrwertsteuerbelastungen

3 wien, 11.12. (rk) ebenso wie die e-werke und die verkehrsbetriebe werden auch die gaswerke mehrwertsteuerbelastungen uebernehmen und damit ihre kunden entlasten. dies beschloss der gemeinderatsausschuss fuer die staedtischen unternehmungen auf antrag von stadtrat franz n e k u l a am montag.

fuer die haushalte, die mit gas kochen und warmwasser bereiten, tragen die gaswerke die mehrwertsteuer bis 30. april zur gaenze. fuer jene haushalte, die mit gas auch heizen, wird die mehrwertsteuer fuer 30 prozent der bis 30. april verbrauchten gasmenge uebernommen. die belastung fuer die gaswerke, die sich daraus ergeben wird, betraegt schaezungsweise 8,5 millionen schilling.

die e-werke uebernehmen bis 30. april die mehrwertsteuer fuer den haushaltsgrundtarif h 70. das bedeutet fuer sie eine belastung mit 12,5 millionen schilling. die verkehrsbetriebe tragen vorlaeufig die gesamte mehrwertsteuer. im kommenden jahr bedeutet dies einen verzicht auf 55 millionen schilling.

insgesamt geben also die wiener stadtwerke mehrwertsteuerbelastungen von 76 millionen schilling nicht an ihre kunden weiter, sondern tragen sie selbst.

ebenso einstimmig beschloss der ausschuss, bei der bestattung die vorgesehene umsatzsteuerentlastung vorzunehmen und dann die mehrwertsteuer zu verrechnen.

Rathaus-Budgetdebatte:

Schweda: Bemühen um Stabilität
=====

Wien, 11.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Felix Slavik trat Montag der Wiener Gemeinderat zu seinen Budgetberatungen zusammen. Von der DFP waren 13 Anfragen und 12 Anträge, von der ÖVP 29 Anträge eingebracht worden, die der Bürgermeister der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zuwies.

Slavik gedachte des bedeutsamen Wiener Kommunalpolitikers Robert Danneberg - er war in Auschwitz vergast worden - dessen 30. Todestag sich dieser Tage jährte.

Stadtrat Otto Schweda legte sodann den Haushaltsvoranschlag für 1973 vor. Wie er mehrfach betonte, sei das Budget im Bemühen um die Preisstabilität erstellt worden. Der Voranschlag sei zudem in einer Zeit grundlegender Entscheidungen auf Bundesebene gefallen: Die EWG-Verträge, die große Einkommensteuerreform und die Umstellung auf das Mehrwertsteuersystem und der neue Finanzausgleich führte Schweda ausdrücklich an.

Der Finanzstadtrat beschäftigte sich ausführlich mit der Wiener Wirtschaft und erinnerte daran, daß die Stadtverwaltung seit Jahren bemüht sei, der Wirtschaft bei den Strukturanpassungen zu helfen. So durch die Aufschließung von Betriebsbaugebieten, die in vier Etappen vorgenommen wurde und wird und wofür der Gemeinderat insgesamt 720 Millionen Schilling genehmigt habe. Bisher seien von der WIBAG 65 Firmen auf einer Fläche von 880.000 Quadratmetern angesiedelt worden. Schweda nannte zudem die Fülle der Kreditmaßnahmen zugunsten der Wirtschaft und hob drei Aktionen hervor: die Förderung der Industrieansiedlung, die bislang 53 Firmen in Anspruch genommen hätten und wofür ein Kreditvolumen von 560 Millionen Schilling aufgelaufen sei, die Förderung für Großhandelsbetriebe, die in einem Jahr von acht Unternehmen mit einem Kreditvolumen von 86 Millionen Schilling genützt worden war und schließlich die Kreditaktion für Hotelneubauten, aus der bisher 86 Millionen Schilling angesprochen worden seien. Schweda hob besonders das gute Verhältnis zwischen Wirtschaft und Stadtverwaltung hervor. Dazu gehöre auch, daß man im Rathaus kritischen Vorschlägen aus der Wirtschaft zu den Verwaltungsabläufen positiv gegenüberstehe.

Die Einkommensteuerreform, die mit Einbussen für den Bund von 5,3 Milliarden Schilling verbunden sei, werde Wien jährlich etwa 600 Millionen Schilling kosten. Heuer würden es jedoch "nur" 300 Millionen Schilling sein, ging Schweda auf die einzelnen Schwerpunkte ein. Zur Mehrwertsteuer: Die Belastung sei noch nicht voll abzuschätzen, doch rechne das Finanzministerium für 1973 mit einem Ausfall von 11,5 Milliarden, was für Wien ein Manko von rund 850 Millionen bedeuten würde. Zudem bringe die Mehrwertsteuer praktisch in allen Bereichen der Stadtverwaltung Umstellungen und daraus resultierende Mehraufwendungen mit sich.

Zum Finanzausgleich: Es habe immer, wie ja schon das Wort Ausgleich sage, Gebende und Empfänger gegeben, wobei Wien immer bei den Gebenden gewesen sei. So seien 1967 in Wien 6,4 Milliarden an gemeinschaftlichen Abgaben aufgebracht worden, von denen 4,2 Milliarden Schilling über den Finanzausgleich zurückgeflossen seien. Im Jahr 1971 seien 9,8 Milliarden aufgebracht worden und 6,3 Milliarden Schilling zurückgeflossen. Die Differenz von fast 3,6 Milliarden Schilling sei größer als etwa das Jahresbudget von Tirol.

Bei den Verhandlungen zum Finanzausgleich habe eine gute Atmosphäre geherrscht, wobei sich neuerlich die Länderfront - nicht die des Dr. Kohlmaier - bewährt habe.

Das österreichische Bruttonationalprodukt, fuhr der Finanzreferent fort, dürfte mit fünf Prozent zum drittenmal das größte reale Wachstum aller europäischen OECD-Staaten signalisieren. Die wirtschaftliche Situation in Österreich sei dadurch gekennzeichnet, daß es 65.000 offene Stellen, aber nur 36.000 Arbeitssuchende gäbe. Außerdem seien 208.000 Gastarbeiter tätig. Die beste Entwicklung zeige die Bauwirtschaft, die mit Aufträgen für neun Monate eingedeckt sei. Diese günstige Konjunkturlage stehe freilich im Schatten des beschleunigten Preisauftriebes, und es sei kein Trost, daß anderswo der Preisauftrieb noch rascher erfolge. Die Stabilität, betonte Schweda, dürfe jedoch unter keinen Umständen auf Kosten der Vollbeschäftigung gehen. Die Maßnahmen des Bundes müßten von allen anderen Gebietskörperschaften unterstützt werden.

Schweda richtete in diesem Zusammenhang einen Appell an die Bevölkerung, den Spargedanken nicht zu vernachlässigen. Er könne es nur als fehlgesteuerte politische Haltung verstehen, wenn die Opposition im Parlament den Spargedanken in Zweifel ziehe. Die Bevölkerung dürfe nicht in eine Konsumhysterie hineingetrieben werden.

Die Maßnahmen der Wiener Stadtverwaltung zur Stabilität sehen unter anderem vor, daß bei einigen Tarifen die Mehrwertsteuer nicht auf die Konsumenten überwältzt werde. Zudem erweise sich die Kredit- und Rücklagepolitik Wiens der Vergangenheit gerade jetzt als überaus vorteilhaft. Die reinen Investitionsmittel, die von 1971 auf 1972 noch um 1,1 Milliarden gestiegen wären, würden diesmal bloß um 626 Millionen steigen und damit in stabilitätsgerichtetem Rahmen bleiben. Die größte Steigerung entfalle auf die Großprojekte der Stadt: Der U-Bahn-Bau erhalte mit 1,4 Milliarden um 320 Millionen mehr als im Vorjahr, der Hochwasserschutz sei um 205 Millionen, **der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses** um 78 Millionen und der Ausbau von Pflichtschulen um 40 Millionen Schilling besser dotiert.

Diese Großbauvorhaben müßten zügig vorangetrieben werden, während man bei der Vergabe neuer Aufträge sehr vorsichtig sein und nicht hinnehmen werde, wenn aus dem Titel der Mehrwertsteuer die Preise einfach erhöht würden. Die Baupreissituation jedenfalls sei gleichsam die Kernfrage der wirtschaftlichen Gegenwart und unvertretbare Preise hätten eben Auftragskürzungen zur Folge.

Ein Schwerpunkt dieses Budgets sei es einmal mehr, die Lebensqualität in Wien zu heben, fuhr Schweda fort. Der Massenverkehr habe Vorrang, was nicht nur beim Budget für den U-Bahn-Bau, sondern auch durch die Übernahme der Pensionslasten der Verkehrsbetriebe in Höhe von 732 Millionen Schilling sichtbar werde. Auch die kulturellen Anliegen stünden im Vordergrund, wobei Schweda vor allem die Revitalisierung der Altstadt nannte, gleichzeitig aber das Fehlen eines geeigneten Instrumentes, nämlich des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes beklagte.

Man müsse endlich dem privaten Profit den richtigen Stellenwert bei der Bewältigung der großen Aufgaben geben. Umwelt, Freizeit und Erholung seien weitere markante Punkte der Wiener Kommunalpolitik. Schweda nannte als Beispiele die WIG 74, das Kurzentrum Ober-Laa, den weiteren Ausbau der Bäder und Sportstätten. Auch der Umweltschutz sei ein Budgetschwerpunkt, dem **1,1 Milliarden** Schilling zugerechnet werden müßten. Hochwasserschutz, WIG, Hauptkläranlage, dritte Wasserleitung, Ausbau des Fernwärmenetzes und schließlich direkte Untersuchungen für den Umweltschutz zählten dazu.

Entsprechend der Wiener Altersstruktur sei natürlich auch die Sorge für die alten Menschen ein besonderes Wiener Anliegen, die sich unter anderem in der Fortführung des Baues und der Planung von Spitalsbauten, Altersheimen und Pensionistenheimen manifestiere.

Zum Abschluß seiner Budgetrede legte Stadtrat Schweda dem Gemeinderat den Antrag vor, wodurch er ermächtigt werden soll, entsprechend der jeweiligen Konjunkturlage 15 Prozent der Ermessenskredite zu sperren. Die entsprechenden Detailverhandlungen mit den zuständigen Stadträten würde er in nächster Zeit führen. Auch den Gebührenspiegel legte Schweda vor, wobei er daran erinnerte, daß im ersten Halbjahr 1973 aus Gründen der Stabilität generell keine Regulierungen vorgenommen würden.

Generaldebatte und Finanzdebatte

Trotz offener Darlegung aller Differenzen und zahlreichen Zwischenrufen verlief der erste Tag der Budgetdebatte im Wiener Rathaus in betonter Sachlichkeit. Das entsprach auch einem Appell, den Bürgermeister Felix Slavik vor Beginn der Debatte an alle Gemeinderäte gerichtet hatte: Durch Toleranz ein Bild wirklicher Demokratie zu geben.

Die Sprecher der beiden kleinen Oppositionsparteien begründeten, warum ihre Fraktionen das vorliegende Budget ablehnen. GR. Dr. Tuma (DFP) führte das Fehlen eines erkennbaren Grundplanes und eines Finanzierungskonzeptes für die Großprojekte, eine zu geringe Dotierung von Kultur und Stadterneuerung, den Rückgang des Wohnungsbaus und mangelnde Leistungen für den Umweltschutz an. GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß Einnahmen und Ausgaben von Jahr zu Jahr um rund 15 Prozent steigen. Mit einer Rekordsumme von acht Milliarden Schilling für Bauaufträge und Stadtwerke-Investitionen von zwei Milliarden könne kein Beitrag zur Stabilität erzielt werden. Dabei seien die Einnahmen zu niedrig geschätzt. Im Budget fehle allerdings nicht Geld, sondern eine Rangordnung. Es sei zu wenig für Denkmalschutz und Umweltverbesserung vorgesehen. Auch die Altersheime seien unterdotiert.

GR. Dr. Habl (ÖVP) beschäftigte sich einleitend mit der allgemeinen wirtschaftlichen Situation und warf der SPÖ-Regierung vor, sie habe die Entwicklung nicht unter Kontrolle gebracht. Die Mehrheit im Wiener Gemeinderat beschuldigte er, sie habe Fehlinvestitionen durchgeführt, etwa bei der Filmförderung, beim Fernheizwerk Spittelau und beim Umbau des Matzleinsdorfer Platzes. (Zwischenruf Dr. Wolfram, FPÖ: Sie haben ja allem zugestimmt. Dr. Goller, ÖVP: Das stimmt nicht.) Dr. Habl kritisierte wie seine Vorredner, daß zuwenig für den Umweltschutz getan werde, was das Unbehagen der Wiener hervorrufe. Zur Baubremse wiederholte er den Vorschlag, den Bau der Donauinsel zurückzustellen. Man solle die Stimme der ÖVP zur Gestaltung Wiens mehr beachten. Manchmal habe man den Eindruck, daß ein Vorschlag nur deshalb zurückgestellt werde, weil er von der ÖVP kommt. Es habe doch auch in der Vergangenheit viel mehr Übereinstimmung zwischen den beiden großen Parteien gegeben als Differenzen. In diesem Sinne werde die ÖVP dem Budget zustimmen.

GR. Maria Hlawka (SPÖ) erklärte, daß trotz bewußter Zurückhaltung jene Aktivitäten durchgeführt würden, welche die Sozialisten der Wiener Bevölkerung zugesagt haben. Der Wohnungsbau zähle nach wie vor zu den vordringlichsten Aufgaben. Dabei sei erfreulich, daß nicht nur die Qualität der neuen Wohnungen verbessert, sondern auch ihre Durchschnittsgröße seit 1969 von 65 auf 75 Quadratmeter erhöht worden sei. Nun sei es notwendig, der Bedrohung durch den Bodenwucher und dem Profitstreben einzelner entschieden entgegenzutreten. Der Politik der ÖVP in dieser Frage warf GR. Hlawka ebenso "Zwiespältigkeit" vor wie der Taktik, einerseits eine Senkung der Ausgaben, andererseits mehr Leistungen zu verlangen. Den Finanzausgleich bezeichnete die Rednerin als ausgesprochen gemeindefreundlich. Natürlich seien Forderungen offengeblieben, aber die Regierung habe viel Verständnis für Länder und Gemeinden gezeigt und deshalb habe der Finanzausgleich schließlich die Zustimmung aller Körperschaften gefunden.

Die Sozialpolitik sei das Herzstück sozialistischer Kommunalarbeit. Sie müsse auch die Gastarbeiter einbeziehen, die uns bei der Weiterentwicklung unserer Wirtschaft helfen. Man müsse Vorurteile abbauen und vor allem das Problem der Unterbringung lösen.

GR. Dr. Wöber (ÖVP) bezeichnete das Hochwasserschutzprojekt als ein "Prestigeprojekt" (Zwischenruf Stadtrat Heller, SPÖ: Hochwasserschutz ist also eine Prestigesache! - Dr. Wöber: Es gibt ein billigeres Projekt. - Heller: Wir haben schon oft nachgewiesen, daß dieses Projekt nicht ausgeführt werden kann.) Dr. Wöber kritisierte die Rücklagenpolitik der Stadt. Geld liege mit Verlusten brach, während man gleichzeitig Schulden mache.

Stadtrat Schweda wies im Schlußwort den Vorwurf eines ungenügenden Beitrages zur Stabilisierungspolitik zurück. Wiens Investitionen steigen nur halb so stark wie im Vorjahr, die Verzichte bei Gebühren und Tarifen seien ein schweres Opfer. Auch die Vorwürfe, es geschehe zu wenig für den Umweltschutz, seien unberechtigt. Die 4,6 Millionen, die unter diesem Titel im Budget stehen, sind nur für Untersuchungen bestimmt - und das ist gar nicht wenig. Für Maßnahmen des Umweltschutzes seien mindestens 1,1 Milliarden vorgesehen, und das müsse eine andere Verwaltung erst nachmachen. Der ÖVP empfahl Stadtrat Schweda,

sich von Stadtbaudirektor Dr. Koller darüber informieren zu lassen, warum das billigere Alternativprojekt des Bundes technisch undurchführbar sei.

Alle Redner befaßten sich mit der Frage, ob die Budgetdebatte in dieser Form zweckmäßig und die Verfassung der Stadt Wien reformbedürftig sei. GR. Maria Hlawka (SPÖ) kündigte an, daß im kommenden Jahr dem Landtag eine Änderung der Stadtverfassung vorliegen werde, an der vom Magistrat bereits intensiv gearbeitet werde. Ein Antrag von GR. Joachim Müller (DFP) zu diesem Punkt wurde von den drei anderen Parteien abgelehnt.

Abstimmung: Die Budgetansätze der Gruppe II, Finanzwesen, wurden mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Die Erinnerungen zum Budget wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

L o k a l :

=====

brand bei herzmansky

7 wien, 11.12. (rk) im papierkeller eines seitentrakts des kaufhauses herzmansky brach montag kurz nach 13 uhr ein brand aus. die feuerwehr gab alarmstufe 2 und rueckte mit zwei bereitschaftszuegen aus. um das feuer in dem etwa dreissig quadratmeter grossen kellerraum zu loeschen, war nur ein strahlrohr erforderlich, die starke verqualmung machte jedoch den einsatz schwerer atemschutzgeraete erforderlich. um 14.20 uhr war das feuer geloescht, die vorweihnachtlich starke einkaufstaetigkeit wurde nicht behindert.

1452